

Die Menschenrechte gelten auch für Maaßen

Zur: „Verfassungsschutz hat seinen Ex-Präsidenten im Blick“, FR-Politik vom 17. August

Bodo Ramelow, der linke Ministerpräsident Thüringens, ist im positiven Sinne so staatstragend, dass er zur Verärgerung etlicher Parteigenossen 2020 für den Landtagsvizepräsidenten der AfD stimmte, wozu er erklärte: „Ich habe mich sehr grundsätzlich entschieden, auch mit meiner Stimme den Weg frei zu machen für die parlamentarische Teilhabe, die jeder Fraktion zugestimmt werden muss.“ Ihm gefalle weder die Partei noch hege er Sympathien für deren Kandidaten, aber er achte die Parlamentsregeln.

Wenn Hans-Georg Maaßen jüngst auf dem Youtube-Kanal der FPÖ erklärt, Ramelow habe keine Skrupel, in Thüringen so wie in Kambodscha über Leichen zu gehen, wo die Roten

Khmer 30 Prozent der Bevölkerung ermordeten, entfernt er sich in einem Maße von der Realität, dass es dafür noch nicht einmal in den Entgleisungen der AfD Entsprechungen gibt.

Dass der Vorsitzende des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Bundestages, Konstantin von Notz, eine Beobachtung des früheren Verfassungsschutzpräsidenten durch dessen vormalige Behörde im Sinne einer unabhängigen Entscheidung nach objektiven Kriterien für angebracht hält, ist zunächst grundsätzlich angebracht. Bedenken muss man indes, dass 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung im Laufe ihres Lebens von einer psychischen Erkrankung betroffen sind. Da bei uns nicht sowjetische Psychiatrie angesagt ist,

somit nicht einfach weggesperrt werden kann, darf die früher exponierte Position Maaßens nicht dazu führen, in diesem Fall die objektiven Kriterien für eine Beobachtung eines psychisch gesunden Menschen durch den Verfassungsschutz zu verabsolutieren, sondern es sind auch die im ICD-10 bzw. ICD-11 definierten Kriterien im Sinne einer eingeschränkten Verantwortlichkeit einer auch in höherem Alter psychisch auffällig werden können Person in Rechnung zu stellen. Ich weiß nicht, wie das genau im Hinblick auf Maaßen umzusetzen ist, aber auf keinen Fall gelten die Menschenrechte für ihn weniger als etwa für einen unpolitischen psychisch kranken Rechtsbrecher.

Siegfried Kowallek, Neuwied

So kann es am Bau nicht weitergehen

Bauministerin Geywitz: „Das nächste Jahr wird nochmal hart für die Baubranche“, FR-Wirtschaft vom 19. August

Für mich war das Interview eine Enttäuschung! Die Fragen, die gestellt wurden, wie auch die Antworten der Ministerin! Die alte Leier der im Wahlkampf propagierten Zahl von 400 000 Wohnungen pro Jahr! Wie kann eine Ministerin an einem solch unrealistischen und dabei noch falschen Ziel so unbeirrt festhalten? Durch die Klimaveränderungen aufgerüttelte Wissenschaftler und Architekten warnen vor einem „Weiter so!“ im Wohnungsbau bis hin zu einem vollständigen Verbot, weil die zum Bauen überwiegend ver-

wendeten Rohstoffe, Beton, Stahl, Glas, gebrannte Steine, bei ihrer Herstellung Unmengen von „grauer Energie“ und Sand (Ausbau von Kiesgruben) benötigen und dabei Unmengen von CO₂ freisetzen. Dazu brauchen Neubauten Platz! Jede Gemeinde weist Neubaugebiete aus! Die nutzbare Fläche für die Natur, auch für die Erholung der Menschen und für Versickerung von Wasser, wenn es denn mal regnet, wird täglich kleiner (der Bedarf an Wasser aber immer größer). Dazu werden Häuser und Wohnungen immer größer, de-

ren Gärten aber immer kleiner! Beton, Steine, Pool und Grillecke – so sehen heute neue Häuser in meiner unmittelbarer Umgebung aus! Wenn denn neu gebaut werden muss, viel wichtiger ist die Pflege und Renovierung des Bestandes, dann bitte mit möglichst nachhaltigen Werkstoffen, in maßvollen Dimensionen (100 m² pro vierköpfiger Familie sollten doch ausreichen!), mit PV auf dem Dach und mit einem „richtigen“ Garten und insektenfreundlicher Bepflanzung!

Karl-Ludwig Klingelschmitt, Rüsselsheim

Wem nützt das E-Rezept?

Digitalisierung im Gesundheitswesen: „Lauterbach will weg vom Papier“, FR-Wirtschaft vom 10. August

Digitalisierung um ihrer selbst willen

Gesundheitsminister Lauterbach meint, es sei „überhaupt nicht mehr vertretbar, dass wir in der heutigen Zeit noch immer die Rezepte über Papier ausdrucken“. Die drei angebotenen Alternativen für die Ausstellung der sogenannten E-Rezepte vermögen jedoch nicht zu überzeugen.

Die Ausstellung per Smartphone-App setzt deren Installation voraus, die wiederum den Besitz eines solchen Gerätes voraussetzt und für viele Menschen wohl auch zu kompliziert ist. Bei einer Ausstellung direkt über die elektronische Gesundheitskarte können die Patient:innen nicht lesen und überprüfen, was ihnen verschrieben worden ist. Das stärkt weder das Vertrauensverhältnis zwischen Mediziner:innen und Patient:innen noch erfüllt es die Anforderungen an die Transparenz ärztlichen Handelns. Und beim Ausdruck auf Papier unter Angabe der Medikamente und Beifügung eines QR-Codes wird kein Papier gespart, sondern der Papierverbrauch bei Ausdruck im DIN A4-Format im Verhältnis

zum bisherigen roten Rezept vervierfacht.

Wem also nützt das E-Rezept? Möglicherweise den Krankenkassen bei der Abrechnung mit den Apotheken und der Kontrolle der Verschreibungspraxis der Ärzte und Ärztinnen. Zunächst aber verursacht die Einführung Kosten für die notwendige Hard- und Software. Allerdings erleichtert das E-Rezept den Bezug von verschreibungspflichtigen Medikamenten über Versandapotheken, weil das Rezept online übermittelt werden kann. Die stationären Apotheken werden hierdurch geschwächt, obwohl sie die Versorgung mit Arzneimitteln in der Fläche gewährleisten und mit ihrem Beratungsangebot die Patientensicherheit stärken.

Digitalisierung um der Digitalisierung willen bedeutet noch keinen Fortschritt, dem sich die Regierungskoalition verschrieben hat. Wir als (freiwillig) gesetzlich Versicherte fänden es wichtiger, dass sich der Gesundheitsminister stattdessen ernsthaft um die Abschaffung oder zumindest Eingrenzung der zu Recht regelmäßig thematisierten Zwei-Klassen-Medizin zwischen gesetzlich

und privat Krankenversicherten bemühen würde. Die Einbeziehung aller Bürger:innen in die gesetzliche Krankenversicherung würde der finanziellen Stabilisierung der Krankenkassen dienen. Die Abschaffung von Privilegien bei der Vereinbarung von Arzt- und Untersuchungsterminen und die Beschränkung der privaten Krankenversicherungen auf das Angebot von Zusatzversicherungen wäre ohne Verletzung der Berufsfreiheit nach Artikel 12 des Grundgesetzes möglich – müsste aber gewollt werden.

Susanne Weißler-Hoth, Jens-Peter Hoth, Frankfurt

Per Fax an die Krankenkasse

Ich könnte mir vorstellen, dass das in der Praxis folgendermaßen aussieht: Der Arzt stellt das Rezept aus, es wird wie bisher ausgedruckt. Dann wird es per Fax an die Krankenkasse geschickt, wo es ein Mitarbeiter abschreibt und zum Datensatz des Patienten weiterleitet. Der Patient kann es dann auf seine Gesundheitskarte übertragen und damit zur Apotheke gehen.

Thomas Lehmann, Metten



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20230821

FR ERLEBEN

Jutta Rippegather und **Hanning Voigts** moderieren die Diskussion „Alles im Wandel – wo bleibt der Mensch?“ Eine Veranstaltung der FR zur Hessenwahl. Mit Tarek Al-Wazir (Wirtschaftsminister, Grüne), Nina Haible-Baer (Goethe-Uni), Jörg Köhlinger (IG Metall).
Donnerstag, 7. September, 19 Uhr Haus am Dom, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit der Historikerin Marie-Luise Recker und dem Historiker Michael Fleiter über das Buch „Tradition und Wandel Frankfurt am Main“.
Donnerstag, 7. September, 19.30 Uhr Buchhandlung „Weltenleser“ Oeder Weg 14, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert moderiert die Podiumsdiskussion zum 50. Jahrestag des Militärputsches in Chile unter dem Titel „Nunca Más – Nie wieder“. Mit Ruth Kries (Unidad Popular) u.a.
Sonntag, 10. September, 11 Uhr Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77 Gewerkschaftshaus Frankfurt

Tobias Schwab moderiert die Diskussion „Hessen in globaler Verantwortung? – Junge Menschen befragen Landtagskandidat:innen zur Entwicklungszusammenarbeit“ mit Miriam Dahlke (Grüne), Jan Schalauske (Linke), Stephan Grüger (SPD), Dirk Bamberger (CDU), Isabel Schnitzler (FDP).
Mittwoch, 13. September, 19 Uhr Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Mika sagt, wie es ist

Sprachliche Gewalt, Asylpolitik: „Vom Wort zur Tat“, FR-Feuilleton vom 14.8.

Danke, Bascha Mika, für diesen wütenden Essay. Er spricht mir zutiefst aus der Seele. Eine menschenverachtende Sprache erzeugt menschenverachtende Taten. Da sollte es nichts zu leugnen und zu verharmlosen geben. Leider zeigen sich Politiker*innen, die diese Sprache anwenden, zudem verantwortungslos bezüglich deren Folgen. Was mich noch beeindruckt: Bascha Mika versteckt ihre Wut und ihren Zorn nicht hinter einer verschwurbelten Rationalität, sondern sagt uns mit ihren Gefühlen, wie es ist, erklärt Ursachen und Zusammenhänge und belegt diese mit Beispielen. So stelle ich mir aufklärenden, aufgeklärten Journalismus vor.

Robert Maxeiner, Frankfurt

Wo überall Leute fehlen

Personalmangel: „Rechte Tasche, linke Tasche“, FR-Wirtschaft vom 11.8.

Hilfe, Personal fehlt! Großer Aufschrei aus der Wirtschaft, auch der Gastwirtschaft. „Bild am Sonntag“ und McKinsey haben laut Deutschlandfunk ausgerechnet, wie viele Leute wo überall fehlen, gerade auch in der Verwaltung. – Moment mal, McKinsey? Sind das nicht die, welche? Die überall in Deutschland für viel Geld engagiert waren, Arbeitsabläufe zu messen, um Personal einzusparen? Ausgerechnet die! Zusammen mit BamS, um die Ampelregierung abzunagen. Merve Hölter, Frankfurt

Total überfischt

Zu: „Die fortwährende Gefahr für den Sahel“, FR-Politik vom 16. August

Leider erwähnt der Artikel die Probleme Mauretaniens nicht. Die Bevölkerung ist stark vom Fischfang abhängig, die Menschen brauchen die Proteine. Das Meer dort ist aber total überfischt. Chinesische Trawler fischen alles leer und verarbeiten die Fische in den ebenfalls chinesischen Fabriken an der Küste zu Fischmehl, das sie nach China exportieren. Sie verschmutzen Meer und Land. Die Regierung ist mit ihnen im Bund. Die einheimischen Fischer werden arbeitslos. Der Bevölkerung wird die Nahrungsgrundlage entzogen.

Entwicklungsministerin Schulze besuchte das Land und möchte die „Instabilität“ in der Sahelregion bekämpfen. Das wird sie nicht schaffen, wenn sie die wahren Probleme der Sahelländer nicht zur Kenntnis nimmt. Die rücksichtslose Ausbeutung der Ressourcen dieser Länder rächt sich. Hierfür fehlt unserer Politik leider jegliche Einsicht.

Manfred Bonson, Lüdinghausen